



AGAL

Rundbrief

Weltklasse! Bildung darf nicht warten

Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne vom 24. April bis zu den Sommerferien

// 17 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen drei und 18 Jahren haben nach Angaben des UN-Kinderhilfswerks UNICEF ihren Zugang zu Bildung verloren oder konnten noch nie eine Schule besuchen, weil sie ins Ausland fliehen oder als Binnenflüchtlinge im eigenen Land ihr Zuhause verlassen mussten. Diese Zahlen können nur die Dimensionen darstellen, nicht aber die Ursachen und Einzelschicksale. Zum einen sind es Kriege, Konflikte und Gewalt, zum anderen aber auch Naturphänomene wie Erdbeben, Überschwemmungen oder extreme Dürre, die weltweit 75 Millionen Menschen in die Flucht treiben. //

Unterrichtsmaterialien mit Fallbeispielen

Das Schicksal dieser Kinder und Jugendlichen ist Schwerpunkt der diesjährigen Aktion der Globalen Bildungskampagne 'Weltklasse! Bildung darf nicht warten', die von der GEW unterstützt wird und vom 24. April 2017 bis zu den Sommerferien stattfinden soll. Dafür gibt es Unterrichtsmaterialien, die die Fluchtursachen anhand von Fakten und einem ausgewählten Land erläutern. Sie enthalten Fallbeispiele, warum Kriege oder Naturphänomene es den Kindern unmöglich machen, eine Schule zu besuchen. Sei es, dass die Schule zerstört wurde – oder dass die Familien vor der Gewalt des Krieges fliehen mussten. An den Informationsteil schließen sich Aufgaben an, die Schüler*innen anregen, je nach Altersgruppe das Thema zu reflektieren und Wandzeitungen, Poster, Videos und Ähnliches zu erstellen.



me es den Kindern unmöglich machen, eine Schule zu besuchen. Sei es, dass die Schule zerstört wurde – oder dass die Familien vor der Gewalt des Krieges fliehen mussten. An den Informationsteil schließen sich Aufgaben an, die Schüler*innen anregen, je nach Altersgruppe das Thema zu reflektieren und Wandzeitungen, Poster, Videos und Ähnliches zu erstellen.

Forderungen an Politiker

Sehr gute Erfahrungen haben Schulen bei vergleichbaren Aktionen in der Vergangenheit damit gemacht, Bundestagsabgeordnete oder Lokalpolitiker einzuladen, um mit ihnen zu diskutieren und Forderungen zu überreichen, sich für das Recht auf Bildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen einzusetzen. An der letztjährigen zentralen Aktion zum Thema 'Zuflucht Bildung' mit Berliner Schulklassen vor dem Brandenburger Tor nahmen 16 Abgeordnete aller im Bundestag vertretenen Parteien teil. Unsere Forderungen konnten anschließend dem Entwicklungsminister Gerd Müller zusammen mit Schüler*innen und ihren Lehrer*innen im Berliner Sitz des Entwicklungsministeriums überreicht werden. Für die Teilnahme an der Aktion 2017 'Weltklasse! Bildung darf nicht warten' kann man sich unter www.bildungskampagne.org anmelden und Materialien bestellen. Hier finden Sie auch Fotos von den letztjährigen Aktionen der Globalen Bildungskampagne zum Recht auf Bildung für alle.

Barbara Geier

Juni 2017

Inhalt:

Woran wir arbeiten...

Versorgungszuschlag für verbeamtete Ortslehrkräfte
Wissenschaftliche Tagung zur Auslandsscholarbeit

Außerdem

Fachberatertagung in Berlin

Intern

Neu in der AGAL

Verabschiedung von Marlene Wagner

Aktuelles

Notizen zum Gewerkschaftstag in Freiburg

Prozessbeobachtung in der Türkei

Impressum

Herausgeber:

GEW

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand

Marlis Tepe (v.i.S.d.P.);

Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt,

Redaktion:

Wolfgang Reinert, Iris Köhler-Fritsch,

Jürgen Hahn-Schröder

E-Mail: agal-redaktion@gew.de

<http://www.gew.de/agal>

Juni 2017

Woran wir arbeiten

Versorgungszuschlag für verbeamtete Ortslehrkräfte – der nächste Schritt ist getan!

Im letzten AGAL-Rundbrief vom Februar 2017 haben wir berichtet, dass die AGAL der GEW, der Verband Deutscher Lehrer im Ausland (VDLiA) und der Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA) eine gemeinsame Erklärung verabschiedet haben, mit der sie sich dafür einsetzen, dass auch verbeamtete Ortslehrkräfte an Deutschen Auslandsschulen den Versorgungszuschlag erhalten sollen, dass also ihre Pensionsrückstellungen je zur Hälfte von Bund und Ländern übernommen werden sollen. Die Zahl der von diesem Problem betroffenen Lehrkräfte liegt zwischen 500 und 700, die Finanzierung ihres Versorgungszuschlages erfordert – grob geschätzt – ca. 3,5 Millionen Euro.

In dieser Angelegenheit gab es am 23. März ein Treffen in Berlin, zu dem der Vorsitzende des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag, Herr Dr. Bernd Fabritius (CSU), eingeladen hatte. Die AGAL war durch ihren Vorsitzenden Günther Fecht vertreten, der VDLiA durch seinen Vorsitzenden Karlheinz Wecht und der WDA durch seinen Geschäftsführer, Herrn Klingebiel. Erfreulicherweise stieß auch der vom Auswärtigen Amt zuständige Referatsleiter, Herr Dr. Oliver Schramm, dazu (siehe Foto).

Dieses Treffen verlief sehr erfreulich. Deutlich wurde zunächst, dass das Problem durch das Auslandsschulgesetz von 2013 entstanden ist. Dort wird den Deutschen Auslandsschulen die Wahl eröffnet, statt der (teuren) Verpflichtung einer ADLK über die ZfA einen bestimmten Budgetbetrag abzurufen, über den sie dann frei verfügen können, den sie also auch zur Verpflichtung einer (weniger teuren) Ortslehrkraft einsetzen können, die sie auf dem freien Markt finden – mit dem Effekt, dass sie den eingesparten Differenzbetrag nach eigenem Gusto ausgeben können. Die AGAL hat dieses Konstrukt von Anfang an grundsätzlich kritisiert, weil wir – getreu dem bewährten gewerkschaftlichen Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ – der Meinung sind, dass Lehrkräfte, die an derselben Schule gleiche oder gleichartige Tätigkeiten verrichten, nicht unterschiedlich besoldet



werden sollten. Trotzdem ist das Problem in der Welt, und wir versuchen daher, an seiner Lösung mitzuwirken. Wir werden bei der vorgesehenen Novellierung des Auslandsschulgesetzes weiter darauf hinwirken, dass dieses Konstrukt wieder abgeschafft wird.

Dieses Problem ist offensichtlich auch bei den entscheidenden Stellen erkannt worden, denn das Gespräch hatte noch nicht lange gedauert, als Herr Dr. Fabritius im Hinblick auf eine Lösung unmissverständlich sagte: „Der politische Wille ist da.“ Und Herr Dr. Schramm bestätigte, dass auch das AA den Versorgungszuschlag ganz oben auf der Agenda habe, und sagte zu, den Haushalt daraufhin untersuchen zu wollen, ob sich nicht noch Finanzierungsmöglichkeiten finden lassen. Da die Legislaturperiode bald zu Ende geht, sagte Herr Dr. Fabritius zu, rechtzeitig vorher einen politischen Vorstoß in der von uns gewünschten Richtung unternehmen zu wollen.

Deshalb hier das persönliche Fazit von Günther Fecht: „Ich bin mit geringen Erwartungen nach Berlin gefahren, aber nach diesem erfolgreichen Gespräch und der insgesamt netten Gesprächsatmosphäre kann ich sagen, dass ich Berlin mit einem sehr guten Gefühl wieder verlassen habe. Herr Dr. Fabritius zeigte sich sehr aufgeschlossen für eine engere Zusammenarbeit.“

Wir sind gespannt und warten ab, was wirklich passiert!

Wolfgang Reinert

Die GEW bereitet eine neue Wissenschaftliche Tagung zur Auslandsschularbeit vor

Die deutsche schulische Arbeit im Ausland muss sich zunehmend im internationalen Kontext definieren und positionieren. Dabei hat sie sich Aufgaben zu stellen, die die deutschen Schulen im Inland oft erst zeitversetzt erreichen. Das impliziert aber auch eine Wechselbeziehung – schon dadurch,

dass die AuslandslehrerInnen ihre Erfahrungen in die deutschen Schulen zurücktragen (sollten).

Die wissenschaftliche Befragung dessen, was die deutsche Auslandsschularbeit bewirkt, und ob sie die in sie gesetzten

Woran wir arbeiten

Erwartungen erfüllt, ist notwendig, wird aber nur sporadisch betrieben. Unsere Tagungen wollen die Wissenschaftler*innen, die an verschiedenen Universitäten Aspekte der schulischen Arbeit im Ausland erforschen, zusammenbringen, Forschungsergebnisse vorstellen, relevante Fragestellungen erarbeiten und dies mit den Erfahrungen von AuslandslehrerInnen konfrontieren.

Nach den Tagungen in Bremen 2013 und Dortmund 2015 wird die nächste Tagung an der Universität Erlangen-Nürnberg stattfinden, und zwar in Zusammenarbeit mit Prof. Rakhkochkine, dessen Schwerpunkt die international und in-

terkulturell vergleichende Bildungswissenschaft ist. Weitere Referentinnen werden u. a. Prof. Sabine Hornberg (Uni Dortmund), Prof. Jutta Mägdefrau (Passau) und Prof. Christel Adick (Essen) sein. Dazu werden aktuelle Forschungsarbeiten vorgestellt.

Die Veranstaltung findet am 5./6. Oktober statt. Das detaillierte Programm wird im Juni auf unserer Website vorgestellt. Interessierte KollegInnen können sich ab sofort anmelden (begrenzte Teilnehmerzahl): karin.gaines@gew.de

Franz Dwertmann

Außerdem

Fachberater-Tagung 2017 in Berlin

// Vom 13. bis 17. Februar fand im Auswärtigen Amt die alljährliche Fachberater-Tagung der ZfA, organisiert von Frau Heike Toledo, statt. AGAL-Vorsitzender Günther Fecht und Holger Dähne, AGAL-Beauftragter für Fachberaterinnen und Fachberater, nahmen daran teil. //

Dr. Andreas Görden, Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation im Auswärtigen Amt, Dr. Manfred Schmidt, Vizepräsident des Bundesverwaltungsamts, und Dr. Heike Uhlig, Abteilungsleiterin Sprache im Goethe-Institut, hielten die Eröffnungsreden. Herr Görden nannte die PASCH-Initiative „das größte und schönste Projekt der letzten 10 Jahre!“ Neben den 140 Deutschen Auslandsschulen gebe es nun 2000 PASCH-Schulen weltweit. Zurzeit würden keine weiteren Schulen aufgenommen, aber das Auswärtige Amt denke darüber nach, in drei Jahren im Rahmen der 100-Jahrfeier der Auswärtigen Bildungspolitik ein neues gleichwertiges Projekt zu starten. Es habe sich gezeigt, dass die Deutschen Sprachdiplome für den Zugang zu Bildungseinrichtungen in Deutschland von großer Bedeutung seien. Herr Schmidt regte danach an, die Zusammenarbeit der verschiedenen Mittlerorganisationen weiter zu optimieren. Wenngleich Frau Uhlig sich auch darüber freute, dass 2016 über 500 PASCH-Absolventen in Deutschland begrüßt werden konnten und PASCH ein großer Erfolg sei, so brachte sie doch gleich im Anschluss ihre Verärgерung über die Parallelstruktur der Sprachvermittlung im Ausland zum Ausdruck, da die Nachfrage nach den kostenpflichtigen Sprachdiplomen des Goethe-Instituts stark

rückläufig sei. Ihr Fazit: Die Sprachdiplome der ZfA gefährden die Goethe-Institute!

Wolfgang Müller, Mitglied im Örtlichen Personalrat (ÖPR) Köln im Bundesverwaltungsamt, war als Vertreter der Vorsitzenden Ruth Otten nach Berlin gekommen. Der ÖPR Köln mit seinen 15 Mitgliedern vertritt die Beamten und Angestellten des BVA in Köln sowie den Nebenstellen in Bonn (ZfA) und Bramsche (Dienstleistungszentrum). Es gibt 8 Angestelltenvertreter (über die Liste gewählt) und 7 Beamtenvertreter (jeweils über die entsprechende Angestellten- bzw. Beamtenliste gewählt) für etwa 2800 Mitarbeiter. Dazu gehören auch die weltweit tätigen etwa 55 Fachberater sowie die 25 Prozessbegleiter. Das sei – so Herr Müller – dem ÖPR bewusst und er bekräftigte, dass sich diese direkt an den ÖPR wenden können, allerdings nur in dienstrechtlichen Angelegenheiten und nicht in der Rolle einer Ombudsperson. Natürlich könne sich auch ein/e Fachberater/in als Kandidat/in für den Personalrat aufstellen lassen. Neben den vielen Einzelgesprächen und dem Treffen ehemaliger Kolleginnen und Kollegen bot sich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein vielfältiges Programm an Präsentationen, Workshops und dem Welt-Café. Am Abend des letzten Tages fand die eindrucksvolle Verabschiedung des langjährigen Leiters der ZfA, Joachim Lauer, statt. Im November wird Herr Lauer in den verdienten Ruhestand entlassen.

Günther Fecht, Holger Dähne

Intern

Neu in der AGAL: Susanne Torazzina

Ich bin die neue Beauftragte für die Auslandslehrkräfte der GEW des Saarlandes. Ich trete somit die Nachfolge von Marlene Wagner an, die in diesem Jahr aus dem Schuldienst ausscheidet.

Ich unterrichte die Fächer Deutsch/Gesellschaftswissenschaft (auch bilingual/französisch) an einer Gemeinschaftsschule nahe der französischen Grenze. Zuvor hatte ich das Glück, jenseits dieser Grenze im schönen Sarreguemines/Lothringen an einem französischen collège/lycée Deutsch als Fremdsprache unterrichten zu dürfen und auch Prüfungen für das Deutsche Sprachdiplom zu etablieren und durchzuführen.

Nach meinem Umzug nach Deutschland konnte ich meine Kontakte weiterhin nutzen, um gemeinsame deutsch-französische Schülerprojekte zu realisieren wie z. B. bilinguale Wettbewerbe, Theaterworkshops, Fahrten etc.

Ich freue mich schon sehr auf meine Tätigkeit und den regen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen innerhalb und außerhalb der AGAL.



Neu in der AGAL: André Hess

Ich bin der neue AGAL-Beauftragte für das Land Brandenburg.

Etwas untypisch: Ich bin nicht aus dem Schuldienst heraus oder nach dem Lehramtsstudium ins Ausland geraten. Als Germanist mit dem Schwerpunkt DaF/DaZ war es aufgrund des beginnenden Lehrermangels auch für die ZfA akzeptabel, mich 2004 als BPLK nach Kirgistan in das Städtchen Talas zu schicken. Zuvor hatte ich bereits für das Goethe-Institut und die Robert-Bosch-Stiftung an Schulen und Universitäten in Russland und der Ukraine unterrichtet. In Kirgistan bin ich vier Jahre geblieben. Nach einer kurzen Pause war ich wieder als BPLK „draußen“, und zwar in Litauen, in Kaunas.

Zurück in Deutschland habe ich an einer Berufsbildenden Schule als Deutsch- und Politiklehrer gearbeitet. Derzeit unterrichte ich bis zum Schuljahresende Deutsch als Zweitsprache in einer Willkommens- bzw. Vorbereitungsklasse in Ludwigsfelde.

Franz Dwertmann hat sich dafür eingesetzt, dass ich AGAL-Beauftragter des Landes Brandenburg geworden bin. Mein Interesse hierbei gilt einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Rechte der Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK), insbesondere im Verhältnis zu den Stellen der Fachberater/Koordinatoren und der ZfA im Allgemeinen.



Verabschiedung von Marlene Wagner

Marlene Wagner war von 1994 -1999, zunächst als mit ausgereiste Ehefrau, dann als OLK an der DSB, der Deutschen Schule der Borromäerinnen in Kairo tätig. Die DSB wird von ägyptischen Mädchen muslimischen und koptischen Glaubens besucht, die von deutschen und ägyptischen LehrerInnen mit und ohne Religionszugehörigkeit unterrichtet werden. Damals wurde die DSB von einer protestantischen Schulleiterin und einer katholischen Nonne geleitet. Marlene unterrichtete dort ägyptische Schülerinnen in Geschichte und Französisch sowie ägyptische Schwestern der Borromäerinnen in Deutsch als Fremdsprache. Eine Zeit, die von vielen, sehr positiven interkulturellen Erfahrungen geprägt war.

Als GEW Mitglied im Ausland ermöglichte ihr die regelmäßige Zusendung der E&W und der saarländischen Landeszeitung einen aktuellen Kontakt nach Deutschland, eine Tatsache, die im internetlosen Zeitalter nicht hoch genug geschätzt werden konnte.

1999 warb der damalige Landesvorsitzende, Klaus Kessler, Marlene für die Vertretung des Saarlandes in der AGAL. Seitdem war Marlene kontinuierlich in beratender Funktion für Ausreisewillige und RückkehrerInnen aktiv und führte, in enger Zusammenarbeit mit dem Landesverband, Infoabende durch. Sie gestaltete außerdem verschiedene AGAL-Veröffentlichungen und begleitete AGAL- Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene. Auf diese Weise konnte Marlene etwas von der Unterstützung, die sie im Ausland durch die GEW erfahren hatte, zurückgeben.



Aktuelles

Notizen zum Internationalen Seminar und zum Gewerkschaftstag der GEW im Mai 2017

Es ist inzwischen gute Tradition, dass unter der Federführung von Manfred Brinkmann, unserem Referenten für Internationales beim Hauptvorstand der GEW, ein Auftaktseminar im Vorfeld des Gewerkschaftstages bestens organisiert wird. Zum thematischen Beginn am Morgen des 5. Mai begrüßten **Manfred Brinkmann** (GEW) und Mirko Herberg (FES) deutsche und internationale Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen zu dem Thema der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO. Der Kollege Mammadou Barro aus **Burkina Faso** berichtete lebendig von den grundstürzenden Problemen nachhaltiger Korruption und Korruptionsstrukturen, in die in seinem Land bisher auch die Gewerkschaften einbezogen worden sind und wogegen die Gewerkschaft F-Synter seit einigen Jahren eine Ethik der Nicht-Korruptierbarkeit setzt. Sinngemäß sagte er Folgendes: Wenn auf Projektförderung bezogene Steuergelder von staatlichen Vertretern aus Europa an die Staatsvertreter in Burkina Faso weitergeleitet werden, führt das in aller Regel zu einer nachhaltigen und erheblichen Verbesserung der Lebenslage der heimischen Vertreter, ohne dass irgendetwas von den Projektgeldern im Projekt selbst ankommt. Einem ministerialen Vertreter aus Europa zeigte der Burkina-Faso-Projektverantwortliche seinen ansehnlichen privaten Besitz, als die Rede auf die Verwendung der Projektgelder kommt und zeigt schließlich aus dem Fenster, als der Europäer nach dem Projekt selbst fragt. Dass er dort nichts sieht, ist das sichtbare Ergebnis der nachhaltig genannten Entwicklungszusammenarbeit. Beim europäischen Gegenbesuch zeigt der Ministeriale ebenfalls seinen vorzeigbaren Wohlstand, aber der Blick aus dem Fenster stößt auf tatsächlich vorhandene Projektgebäude und nicht ins Leere. Spiegelt dieses Beispiel möglicherweise die unterschiedlichen, dabei gleichermaßen existierenden Korruptionsstrukturen in Europa und in Afrika wider? Die Stärke des Seminars lag in der Informationsdichte und den Perspektivwechseln der Vortragenden auch zu den weiteren thematischen Schwerpunkten aus verschiedenen Ländern.

Durch die Anwesenheit der geflüchteten Generalsekretärin der **türkischen** Gewerkschaft Egitim-Sen, Sakine Esen Yilmaz, sowie den ausführlichen Bericht ihres Vorsitzenden wurde der schon vorhandene Verlust von Grundrechten sowie die aktuelle Bedrohungslage für jede Art von gewerkschaftlichem Engagement eindringlich deutlich. Da tat es wohl, am Sonntagabend im DGB-Haus in Freiburg zusammen mit allen internationalen Gewerkschaftsgästen und Delegierten des Gewerkschaftstages internationale Lieder zu singen und den friedlichen, persönlichen Umgang zu pflegen.

Am Tag zuvor war der **28. Gewerkschaftstag der GEW** mit einer Reihe von Gastrednern und der Landesvorsitzenden der GEW Baden-Württembergs in der neuen Messe Freiburgs vor über 600 ordentlichen und Gast-Delegierten eröffnet worden. Den ersten Gastrednern folgte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg (und GEW-Mitglied) **Wilfried Kretschmann**. Er hielt eine engagierte Rede, in der er die Möglichkeiten und Grenzen der Politik unter grün-schwarzen Vorzeichen aufzeigte. Teilweise würden unter grün-rot bewilligte Gelder für KiTa-Plätze nun durch grün-schwarz gestoppt.

Dass der badenwürttembergische Landtag mit den Stimmen der Regierungskoalition eine Woche zuvor die Wiedereinführung von Studiengebühren für die Gruppen der Studierenden aus dem Nicht-EU-Raum per Gesetz beschlossen hatte, wollte der MP trotz deutlicher Missfallenskundgebungen (und durch Transparente unterstrichene Proteste der Jungen GEW) nicht diskutieren, vielmehr betonte er die Gültigkeit für die nächsten Jahre. Das fatale politische Zeichen von Exklusion einer bestimmten Gruppe von Ausländern gerade in einer Zeit propagierter Integration und Inklusion einerseits und zunehmender Fremdenfeindlichkeit andererseits, schien dem MP zweitrangig gegenüber den pragmatischen Spareffekten, auf die die Regierungskoalition sich geeinigt hat.

Der Sonntag (7.05.) begann mit einem Eklat. Der LV Hessen stellte unter Zitation des **AGAL-Antrags zur finanziellen Unterstützung internationaler gewerkschaftlicher Arbeit** den Antrag zur Geschäftsordnung, dass es möglich sein muss, auch solche Anträge, die finanzwirksam sind, auf einem Gewerkschaftstag zu stellen. Dazu im Widerspruch steht die Satzungsbestimmung, dass finanzwirksame Anträge mit dem Haushalt der GEW deckungskonform sein müssen. Das könne aber kein Antragsteller leisten, da er/sie die finanzielle Lage der GEW nicht kenne und die Finanzhoheit allein beim HV, vertreten durch Petra Grundmann, liege. Die Abstimmung fiel trotz der heftigen Gegenreden, angeführt von Petra Grundmann, relativ knapp aus: Ablehnung des Antrags des LV Hessen mit 210 Nein- und 160 Ja-Stimmen. Zuvor hatte der Stellv. GEW-Vorsitzende, Andreas Keller, immerhin das bestehende Dilemma als solches konstatiert.

Von Montag, dem 8.5., an wählte der Gewerkschaftstag den neuen Hauptvorstand - mit der wiedergewählten **Marlis Tepe** an der Spitze – und debattierte und verabschiedete eine Fülle von Anträgen bis zum Ende am 10. Mai.

Aktuelles

Alle weiteren Ausführungen zum Gewerkschaftstag finden sich hier:

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gewerkschaftstag-kompakt-4/>

Die internationale Delegation hatte ein eigenes Programm und besuchte nicht nur den Gewerkschaftstag, sondern nutzte den Montag noch für Hospitationen in Schulen und Betrieben. Der vormalige AGAL-Vorsitzende Franz Dwertmann schrieb uns dazu u.a.: „Ich durfte mit den VertreterInnen der Gewerkschaften aus England, USA und Israel eine Grundschule besuchen, die uns faszinierte mit ihrem jahrgangsübergreifenden Unterricht, ihrem höchst differenzierten Material- und Medieneinsatz, ihrem Inklusionskonzept und der schüler- und el-

ternnahen Kommunikation. Wir konnten uns frei durch alle Klassen und Unterrichte begeben, die SchülerInnen ließen sich davon gar nicht beeindrucken, arbeiteten konzentriert und partnerschaftlich innerhalb ihrer Wochenpläne einfach weiter. Und das in wohlthuender ruhiger und gelassener Arbeitsatmosphäre. So soll Schule sein!

Eine Bemerkung noch zum internationalen Seminar mit den vielfältigen - auch persönlichen - Kontakten: Mir fiel wieder ein ungelöstes AGAL-Anliegen ein: Wie können wir es schaffen, mit unseren Leuten in den vielen Ländern vor Ort Kontakte zu den einheimischen Gewerkschaften aufzubauen?“

Jürgen Hahn-Schröder

Prozessbeobachtung in der Türkei – Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

// Auf Einladung von EĞİTİM SEN, der größten Bildungsgewerkschaft der Türkei, nahmen die GEW-Vertreter Çetin Moğultay und Philipp Einfalt aus Nordrhein-Westfalen als Prozessbeobachter am 06./07.Februar 2017 an einer Gerichtsverhandlung in Ankara teil. Angeklagt sind mutmaßliche IS-Terroristen. Anlass zu diesem Prozess ist ein am 10. Oktober 2015 in Ankara durch zwei Selbstmordattentäter verübter Anschlag auf eine von Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen organisierte Großdemonstration mit einer Teilnehmerzahl von über 100.000 Menschen. 101 Menschen starben, über 500 wurden verletzt – ein Massaker. //

Zu der Kundgebung hatten Organisationen wie der Dachverband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Türkei (KESK), der Dachverband von Gewerkschaften der progressiven Arbeiterschaft in der Türkei (DISK), der Verband der türkischen Ärzte (TTB), der Verbund der Kammer der türkischen Ingenieure und Architekten (TMMOB), eine Reihe weiterer demokratischer Organisationen und politischer Parteien unter dem Motto „Arbeit, Demokratie und Frieden“ aufgerufen. Sie alle hatten ein einziges Ziel: Sie wollten, nachdem alle Gespräche, die Kurdenfrage friedlich zu lösen, einseitig von der staatslich türkischen Seite abgebrochen wurden und gegen das kurdische Volk ein brutaler Krieg in Gang gesetzt worden war, ihre Stimme gegen den

Krieg erheben und für Frieden und für ein friedliches Miteinander der Völker ein Zeichen setzen.

Nachdem hunderttausend Menschen aus allen Regionen der Türkei angereist waren und sich auf dem Bahnhofsvorplatz in Feststimmung getroffen hatten, gingen nach Angaben der Nebenkläger um 10:04 Uhr im Viersekundenabstand zwei Bomben hoch, die durch zwei Selbstmordattentäter gezündet wurden. Dieser Anschlag war der bisher blutigste Selbstmordanschlag in der Geschichte der Türkei. Alle Nebenkläger erstatteten gegen die politisch Verantwortlichen und gegen die Verantwortlichen, die am Tag des Anschlags keine Sicherheitsmaßnahmen trafen und die ärztliche Hilfe verhinderten, Anzeige, ebenso gegen die Polizisten, die mit Gasbomben die Menschen in ihrer Panik angriffen und dadurch teilweise deren Tod verursachten.

Uns ist ohne Zweifel klar geworden, dass die Angeklagten aus der Stadt Gaziantep in der südöstlichen Türkei zu dem Netzwerk des IS zählen, dort aktiv für den IS gearbeitet, junge Menschen rekrutiert und zur Ausbildung nach Syrien geschickt haben. Der Anschlag in Ankara wurde von ihnen geplant und umgesetzt. Aufgrund der verschiedenen Aussagen und vorgelegten Beweise konnte die Vernetzung der Angeklagten untereinander in Gaziantep nachverfolgt werden.

Cetin Mogultay, Philipp Einfalt

Zur Lage der Gewerkschaftsmitglieder von EĞİTİM SEN in der Türkei möchten wir auf das aktuelle Interview mit dem Präsidenten Karaca während des GEW-Gewerkschaftstages in Freiburg hinweisen:

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/ohne-job-und-sozial-isoliert/>